

Zeitschrift:	Pionier : Zeitschrift für die Übermittlungstruppen
Herausgeber:	Eidg. Verband der Übermittlungstruppen; Vereinigung Schweiz. Feld-Telegraphen-Offiziere und -Unteroffiziere
Band:	39 (1966)
Heft:	7
Artikel:	Nonproliferation und nationales Sicherheitsbedürfnis
Autor:	Brunner, Dominique
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-563892

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nonproliferation und nationales Sicherheitsbedürfnis

Die Genfer Verhandlungen des letzten Sommers, in deren Mittelpunkt der Nonproliferation stehen sollte, haben infolge der von der Sowjetunion eingenommenen intransigenten Haltung einen unerwarteten Lauf genommen. War im Vorfeld dieser Abrüstungstagung die Hoffnung gehegt worden, in Genf werde sachlich über die atomare Dissemination gesprochen werden, so zeigte sich nach der Unterbreitung des amerikanischen Vertragsentwurfes am 17. August, dass es dem Kreml, nach aussen hin jedenfalls, in erster Linie um die Schwächung des Zusammenhaltes der NATO und namentlich um die Isolierung der Bundesrepublik zu tun ist. Die russischen Tiraden, mit welchen andere als die der Konferenz zugedachten Zwecke verfolgt werden, haben vom Hauptproblem, der Verhinderung der in den Bereich des Möglichen gerückten Erweiterung des Atomklubs, abgelenkt. Und weil sich der Kreml der Genfer Gespräche zur Lockerung der Kohäsion der NATO-Gemeinschaft zu bedienen sucht, dürften die Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

Dass die Frage des Abschlusses eines Abkommens über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen deswegen für längere Zeit ausser Abschied und Traktanden fallen könnte, erscheint indessen als sehr unwahrscheinlich. In dieser Überzeugung bestärkt vor allem die Tatsache, dass die zwei Grossmächte ein sehr reales Interesse daran haben, die Gefahr abzuwenden, dass sich in absehbarer Zukunft zu den heutigen fünf noch weitere Atommächte gesellen. Die Bemühungen, welche darauf zielen, den Zug zur «Nein»-Atomwaffe wenn immer möglich durch Abschluss eines Abkommens aufzuhalten, werden zweifellos ihren Fortgang nehmen, ob nun auf einer von mehreren Staaten beschickten Konferenz oder im Rahmen bilateraler Verhandlungen. Aus diesem Grund empfiehlt es sich, die tiefere Problematik der Nonproliferations-Bestrebungen, denen auch in der Schweiz grosse Bedeutung beigemessen werden sollte, näher zu beleuchten.

Der Schatten der chinesischen Bombe

Das wichtigste Argument, welches zugunsten der Nonproliferation ins Feld geführt wird, lautet bekanntlich dahin, dass die Gefahr des Einsatzes nuklearer Kampfmittel mit jeder neuen Atommacht zunehmen müsste. In dieser Überzeugung werden die Amerikaner, die die treibende Kraft bei den bisherigen Bemühungen um Begrenzung des Atomklubs waren, heute erst recht durch den Umstand bestärkt, dass diejenigen, die zurzeit am ehesten mit dem Gedanken einer nuklearen Aufrüstung liebäugeln könnten, zugleich auch in den neuralgischsten Zonen liegen. Die Möglichkeit der Entstehung neuer Nuklearmächte hat sich zwar zuerst in Europa Ende der fünfziger Jahre und zu Anfang dieses Jahrzehnts abgezeichnet, als die immer ernster werdende Verwundbarkeit des amerikanischen Territoriums als Folge der sowjetischen Fortschritte auf dem Gebiet der interkontinentalen Waffenträgersysteme einerseits und die neu entwickelte amerikanische Doktrin des abgestuften Gegenschlages anderseits Zweifel an der Fähigkeit des grossen Bündnispartners aufkommen liessen, die Sowjetunion von jedem offensiven Vorgehen gegen Europa abzuschrecken. Heute herrscht jedoch in Europa die Beurteilung vor, eine sowjetische Invasion, wie man sie seit Kriegsende befürchtete, sei höchst unwahrscheinlich. Die nunmehrigen sowjetischen Bestände an konventionellen Kräften lassen diese Annahme tatsächlich als begründet erscheinen, für die

ausserdem die beachtliche Schlagkraft der mit kleinkalibrigen Atomwaffen durchsetzten NATO-Verbände spricht.

Anders verhält es sich aber mit den Staaten, die in sehr unstabilen Zonen wie Südostasien und dem Nahen Osten liegen. Besonders die ersteren sehen sich der Gefahr subversiver oder revolutionärer Kriege, sogenannter Befreiungskriege, gegenüber, die von den kommunistischen Mächten angezettelt oder jedenfalls geschürt und für ihre Zwecke ausgebaut werden. Die chinesische Nuklearordnung ist geeignet, diese Gefahr wesentlich zu verschärfen, werde sie nun im Rahmen einer direkten oder einer indirekten Strategie eingesetzt, und dürfte bald einen bestimmenden Einfluss auf die in diesen Räumen aufflammenden Konflikte ausüben. Daher ist für die asiatischen Staaten, bei denen die Voraussetzungen für eine Nuklearwaffenproduktion in absehbarer Zukunft erfüllbar sind, die Versuchung besonders gross, den Weg zur Atommacht einzuschlagen, ehe China weiter erstarkt ist. Was Israel betrifft, so sieht es sich infolge des arabischen Druckes und vorab wegen der ägyptischen Rüstungsanstrengungen in eine ähnliche Lage versetzt. Angesichts dessen vertreten namhafte Experten, zu welchen der Direktor des Londoner Instituts for Strategic Studies, A. Buchan, zu zählen ist, die Meinung, europäische NATO-Staaten würden sich erst im Anschluss an entsprechende Entscheidungen nicht-europäischer Staaten, die allenfalls von europäischen Neutralen nachgeahmt würden, zum atomaren Alleingang entschliessen. Diese zweifellos richtige Diagnose wirft ein bezeichnendes Licht auf die von der Sowjetunion in Genf gegen den amerikanischen Vertragsentwurf vorgebrachten Argumente.

Das Problem der Garantien

Daraus erheilt, dass den Bemühungen, welche auf eine Begrenzung der Zahl der Nuklearmächte abzielen, nur unter der Bedingung ein dauerhafter Erfolg beschieden sein dürfte, dass, wie sich Buchan in der Juli-Ausgabe von *Foreign Affairs* ausgedrückt hat, internationales und nationales Sicherheitsbedürfnis in Einklang gebracht werden können. Es müssen denjenigen Staaten, die sich vertraglich verpflichten sollen, dem Besitz von Nuklearwaffen zu entsagen und sich in die Nuklearhegemonie der zwei Grossen zu schicken, ihr Sicherheitsbedürfnis befriedigende Kompensationen gewährt werden. Gerade hier liegt aber der springende Punkt! Denn das vermutlich einseitige, nämlich von Washington abgegebene Versprechen, die nukleare Abschreckung der Vereinigten Staaten im Bedarfsfall in den Dienst der fraglichen Staaten zu stellen, wäre kaum eine genügende Garantie. Zu dieser pessimistischen Annahme wird man durch das nahezu vollständig stabile Gleichgewicht veranlasst, welches sich in den letzten Jahren — mit ausdrücklicher Zustimmung der Vereinigten Staaten! — auf der atomaren Stufe herausgebildet hat. Beide Seiten verfügen über Vergeltungsmittel, die den ersten gegnerischen Nuklearschlag wenigstens zu einem grossen Teil überleben würden. Und da diese intakt gebliebenen Kräfte als Vergeltung die Städte und industriellen Zentren des Angreifers zertrümmern könnten, ist die nukleare Initiative sehr unwahrscheinlich geworden. Damit ist aber die Abschreckungswirkung der Atomwaffen auf die unteren Stufen der Gewaltanwendung, namentlich auf den klassischen Krieg, erheblich reduziert worden. Gerade die jüngsten kriegerischen Ereignisse, die sich im asiatischen Raum abspielen und die wohl beiden Grossmächten ungelegen kommen, legen davon beredt Zeugnis ab.

MUF-Vorhersage für Juli 1966 Beobachtungen, April 1966

Aus diesen Überlegungen heraus verfechten manche Beobachter die Meinung, man müsse den bedrohten Ländern handfeste Garantien bieten, sie möglicherweise in eine Allianz eingliedern — was sich aber gerade im Fall des neutralistischen Indien als recht schwierig erweisen würde — und sie ausserdem in einem frühen Stadium an der ihre Interessen berührenden politischen und militärischen Planung und Entschlussfassung Washingtons beteiligen.

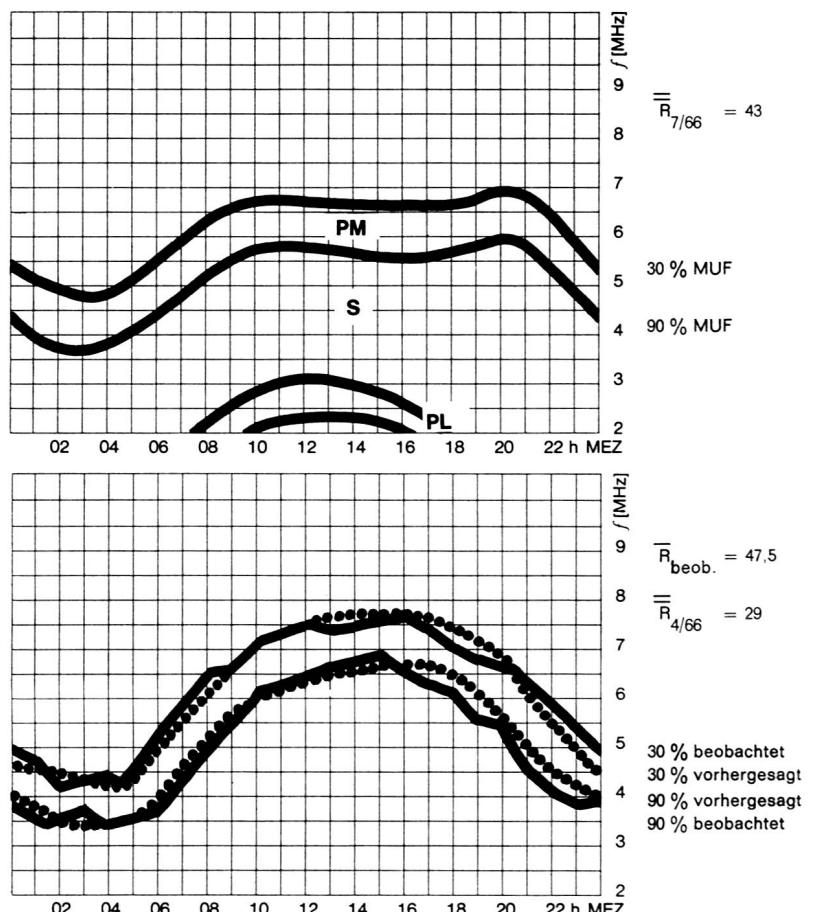
Ein einziges — oder mehrere atomare Entscheidungszentren?
Doch ist das Problem der Nicht-Weiterverbreitung der Atomwaffen noch komplizierter, als die bisherigen Darlegungen vermuten lassen. Einzelne Autoren, namentlich Europäer, heben hervor, das zu erreichende Ziel bestehe in der Wahrung des Friedens. Man dürfe sich nicht damit begnügen, den Atomkrieg auszuschliessen, gleichzeitig aber klassische Konflikte dulden, die für die davon betroffenen Völker — siehe Vietnam — schrecklich genug sind. Infolgedessen geite es, eine umfassendere atomare Abschreckung wiederherzustellen, ist diese doch nur mehr im Falle lebenswichtiger Interessen der Grossen wirksam. Dieses Ergebnis liesse sich, diesen Theorien zufolge, dadurch herbeiführen, dass eine gewisse Anzahl atomarer Entscheidungszentren geschaffen würde. Auf diese Weise, wird dargelegt, würde nämlich die Ungewissheit über die vielleicht doch eintretende Eskalation wiederhergestellt, was den Eifer eines allzu dynamischen Gegners dämpfen dürfte.

Und die Schweiz?

Da die Schweiz dem Moskauer Testbann-Abkommen beigetreten ist und im Fall des Abschlusses eines Nonproliferations-Abkommens — zu dem es überraschend und sogar nach wenig ermutigenden Verhandlungen, wie der Präzedenzfall des Testbannvertrages von 1963 zeigt, doch kommen kann — sicherlich einem starken Druck ausgesetzt würde, sich diesen Vertrag anzuschliessen, drängt sich eine Bemerkung zu unserer Haltung in dieser Frage auf. Wir sind als ein seit Jahrhunderten friedfertiger, neutraler und einziger auf Verteidigung unserer legitimen Interessen bedachter Staat weit weniger als viele andere verpflichtet, an solchen Schritten mitzuwirken. Niemand könnte uns in guten Treuen Vorwürfe machen, wenn wir, solange die Grossmächte keine echte Abrüstung ins Auge fassen, uns von derartigen Vereinbarungen fernhalten wollten. Dasselbe gilt für den Fall, dass Parlament, Bundesrat und militärische Instanzen zum Schluss kämen, die militärische Instanzen zum Schluss kämen, die militärische Lage erfordere die Beschaffung von Atomwaffen. Der bekannte französische Soziologe Raymond Aron hat in seinem Buch «Le Grand Débat» dasselbe zum Ausdruck gebracht: «Ich sehe nicht ein, inwieweit die Verstärkung der schwedischen oder schweizerischen Neutralität durch eine gewisse Anzahl taktischer Atomwaffen die Gefahren, denen die Menschheit ausgesetzt ist, oder die Unstabilität des internationalen Systems vergrössern würde.»

Was schliesslich das gute Beispiel betrifft, das wir nach Auffassung der Pazifisten geben sollten, so sind ihre Argumente soeben von keinem Geringeren als dem Abrüstungsdelegierten Foster entkräftet worden, der in «Foreign Affairs» erklärte: «... es handelt sich nicht darum, ein gutes Beispiel zu geben, wie das gute Beispiel überhaupt ein Faktor von bedauerlich geringer Bedeutung in der Weltpolitik ist.»

Dominique Brunner



Bedeutung der Symbole

Wählt man für eine Verbindung auf Kurzwellen innerhalb der Schweiz die Arbeitsfrequenz so, dass sie in den Bereich S fällt, so ist die Verbindung als sicher zu beurteilen (unter Vorbehalt von drei gestörten Tagen). In den Bereichen PM und PL ist die Wahrscheinlichkeit für eine sichere Verbindung naturgemäß geringer. Fällt die Arbeitsfrequenz in den Bereich PM, so ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass die Tages-MUF erreicht oder überschritten wird. Ist die Verbindung schlecht, soll eine tiefere Arbeitsfrequenz gewählt werden. Fällt die Arbeitsfrequenz in den Bereich PL, so ist die Wahrscheinlichkeit grösser, dass die Tages-LUF erreicht oder überschritten wird. Ist die Verbindung schlecht, soll eine höhere Arbeitsfrequenz gewählt werden.

\bar{R} = gleitendes Zwölftmonatsmittel der Sonnenflecken-Relativzahlen

\bar{R} = beobachtete monatliche Relativzahl der Sonnenflecken

Explication des symboles

Si l'on choisit pour une transmission sur ondes courtes sur territoire suisse une fréquence de travail qui se trouve dans la région centrale S du graphique, on peut considérer la liaison comme sûre (sauf en cas de perturbation pendant trois jours). Dans les régions PM et PL du graphique, la probabilité d'obtenir une liaison sûre est naturellement moins grande. Si la fréquence de travail se trouve dans la région PM, la probabilité est plus grande que la MUF de ce jour soit atteinte ou même dépassée. En cas de mauvaise liaison: diminuer la fréquence de travail. Si la fréquence de travail se trouve dans la région PL, la probabilité est plus grande que la LUF de ce jour soit atteinte ou même dépassée. En cas de mauvaise liaison: augmenter la fréquence de travail.

\bar{R} = nombre relatif mensuel observé des taches solaires

\bar{R} = moyenne glissante de douze mois des nombres relatifs mensuels des taches solaires.